

Höbelt, Lothar: *Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte*. Wien: Böhlau Verlag Wien 2009. ISBN: 978-3-205-78316-9; 171 S.

Rezensiert von: Alfred Ableitinger, Historische Landeskommission Steiermark

Lothar Höbelt, einer der besten deutschsprachigen Kenner der späten Habsburgermonarchie, legt mit diesem schmalen Band weder die Skizze einer politischen Biographie Franz Josephs noch einer politischen Geschichte von Kaiser und Reich vor. An beidem liegt Höbelt nichts, sein Anspruch ist ehrgeiziger: Er will aus „funktionalistischer“ Perspektive die politischen Prozesse in der Habsburgermonarchie, primär in ihrer westlichen, „cisleithanischen“ Hälfte, analysieren (allerdings gibt er auch, was sonst kaum je geschieht, ein Kapitel über jene in der ungarischen). Was er mit „funktionalistisch“ meint, erläutert er leider kaum explizit. Was das knappe Vorwort (S. VII) dazu sagt, ist geradezu trivial. Es deutet bloß an, dass es darum gehen soll, zu zeigen, wie die Zeitgenossen mit dem Grundproblem umgingen, dass das Reich ein Vielvölkerstaat war, und wie sie dabei „immer wieder ein Problem benützte[n], um ein anderes zu relativieren“. Wir übersetzen diese Wendung mit: dieses oder jenes Problem zu instrumentalisieren bzw. zu funktionalisieren, um mit anderen kurz-, mittel- oder langfristig zurecht zu kommen. Höbelt will fragen: „Wie hat dieses Reich funktioniert, wie hat es funktioniert aus der Sicht [s]eines Herrschers, der sich bewusst war, einen ‚Anachronismus‘ darzustellen...“ (S. VII).

Höbelt orientiert sich also an jener Schule der Politologie, die sich vor mittlerweile bereits langer Zeit als erste „realistisch“ nannte: Auseinandersetzungen zwischen größeren und kleineren, etablierten und neu auf die Bühne tretenden Gruppen in der und mittels Politik um Einfluss bzw. Macht, um Siege, Remis und Niederlagen im Sinne der Spieltheorien stehen im Zentrum, viel weniger ideologisch-programmatische Orientierungen. Alle agierenden Gruppen werden von anderen zu Elementen und Instrumenten ihres Kalküls gemacht, ebenso alle

ökonomischen, sozialen, nationalen und verfassungspolitischen Probleme.

Das literarische Genre, das Höbelt wählt, ist jenes des Essays. Mit ihm erspart er sich nicht nur detaillierte Quellen- und Literaturnachweise, sondern auch herkömmliche historische „Beweisführung“. Aber das tut nichts zur Sache: seine Überlegungen sind allemal prüfenswert bzw. plausibel, Zusammenhänge, die er herstellt, häufig überraschend und gleichwohl zumeist einleuchtend. Der Band liest sich so gut wie bei Höbelt üblich, und er ist entschieden wert gelesen zu werden. Allerdings setzt er einige Kenntnisse über die Thematik voraus; auch diese Rezension muss in der Folge auf sie rekurrieren.

Höbelts „funktionalistischer“ Ansatz ist in jedem der zehn Kapitel des Buches fruchtbar (freilich ist er, auch mit Blick auf das späte Habsburgerreich, nicht völlig neu). Wie im Vorwort angedeutet, widmet sich der Autor durchgehend den Strategien des Monarchen und seiner Vertrauensleute, im Zeitalter erst von bürgerlich-elitärem Liberalismus und Nationalismus, dann von Mittelstands- bzw. Massenbewegungen mitsamt ihren radikalisierenden Nationalismen möglichst viel vom jeweiligen Ancien Régime zu bewahren. Das Reich als Vielvölkerstaat bot ihnen die „vollendete Tastatur, um auf ihr ‚Divide et Impera‘ zu spielen“ (S. 5): 1848/49 mithilfe der „Bauernvölker“ der Kroaten und Ukrainer gegen Magyaren und Polen, 1860/67 zugunsten der Magyaren gegen Serben, Siebenbürger und Kroaten bzw. zugunsten der Deutschen gegen Tschechen, versuchsweise und jeweils so kurzzeitig wie erfolglos 1865 und wieder 1871 zugunsten der Tschechen gegen Deutsche usw. Bei jeder dieser Wendungen hatten der Monarch und die von ihm gewählten Regierungschefs den zentralen Part, nicht die nationalpolitischen Repräsentanten. Auch später galt die Regierungspraxis, keine größere Gruppe auf Dauer in „Fundamentalopposition“ zu belassen: So hielten es die Ministerpräsidenten Taaffe mit den Deutschen in den späten 1880er-Jahren, Badeni 1897 mit den Tschechen (S. 105). Keine dieser Operationen geschah freiwillig, jede erfolgte unter massivem parlamentarischen oder außerparlamentarischen Druck und jede kostete den

Monarchen und den traditionellen Staatsapparat Zugeständnisse. Aber stets beließen sie Kaiser, Regierungen und Bürokratie mehr Einfluss, als erwartet werden konnte. Nicht zuletzt galt das während der Zeit abwechselnder nationaler Obstruktion im Parlament seit 1897 (übrigens auch in Ungarn seit 1903). Allenthalben nur „wohltemperierte Unzufriedenheit“ zuzulassen, war die Devise (S. 5).

Die anhaltende Relevanz vormoderner politischer Strukturelemente in der Donaumonarchie und die Verfahren zu beleuchten, mittels welcher dies in erheblichem Maße bewirkt wurde, ist umso mehr ein Verdienst des Verfassers, als er dabei auch auf selten erörterte Zusammenhänge aufmerksam macht: Was zum Beispiel bewirkte, dass Außen- und damit Militärpolitik vom Herrscher, seinen Außenministern und der Armeeführung betrieben werden konnten und beinahe nie in innenpolitische Kontroversen gezogen wurden? Gewiss der bis 1908/09 weitgehend bestehende Konsens, dass das Bündnis mit Berlin und die mit seiner Hilfe vollbrachte Eindämmung der Ambitionen des Zarenreiches in Südosteuropa ungefähr das Optimum des Realisierbaren leisteten. Ferner vielleicht auch eine Scheu der Parlamentspolitiker und ihres jeweiligen publizistischen Anhangs, sich auf diese Themen einzulassen. Aber Höbelt zeigt, dass auch ein Detail der Regelungen von 1867 dafür sorgte: Im damaligen „Ausgleich“ waren die „Delegationen“, die Ausschüsse aus dem Wiener bzw. Budapester Parlament, die über die Budgets von Diplomatie, Heer und Marine zu entscheiden hatten, so konstruiert, dass die beidseitigen Oberhäuser je ein Drittel der Delegierten stellten. Das sicherte allemal die entsprechenden Budgets und befreite den Monarchen und seine Außen- und Kriegsminister von substantiellen parlamentarischen Debatten über ihre Politik. Jedoch entschieden die Abgeordneten der beiden Parlamente über die Zahl der auszuhebenden Rekruten; dieses Thema wurde, sehr bezeichnend, zwar fast nie von Obstruktion bedroht, aber bis 1912/13 so entschieden, dass der Stand an ausgebildeten Reservisten der Monarchie im internationalen Vergleich zurückblieb (S. 61f.).

Höbelt nimmt es als Faktum hin, dass liberale Bewegungen in der Donaumonarchie allemal nationalliberale waren; er fragt nicht nach ihren Kooperationspotentialen und -versuchen. Anders hält er es mit den konservativen. Dazu nimmt er als deren Basis die Bauernschaft in den Blick: Sie, sagt er, war auch nach der Grundentlastung 1848/49 nicht zufrieden genug, um Franz Joseph als Basis eines plebiszitären Kaisertums nach dem Modell Napoleons III. verfügbar zu sein; sie eignete sich „als Ruhepol, nicht als Manövriermasse“ (S. 16). Als sie im Zuge des gemäßigt antiklerikalen Kulturkampfes ab 1868 zunächst mehr politisiert wurde, als sich selbst zu politisieren, war sie zum Teil bereits Teil von nationalen Bewegungen, also politisch (und sozial) schon zu inhomogen, um noch das soziale Substrat einer großen konservativen Partei abgeben zu können. Erst recht galt das, als sich ab den 1890er-Jahren neue Bauernvereine und Agrarparteien bildeten, weil das mehrfach reformierte Wahlrecht nun dazu Anlass gab; immerhin relativierten diese dann den Blockcharakter der nationalen Fraktionen, (der freilich bei den Deutschen nie existiert hatte) (S. 110f., 117).

Die adeligen Protagonisten des so genannten „föderalistischen“ Oktoberdiploms von 1860, Heinrich Clam-Martinic und Leo Thun, hätten nicht zur Avantgarde wirksamen Konservatismus werden können, weil sie „keine Lösungen, sondern [nur] Visionen“ anboten. Ihr Programm des Rückbaus des Staates vertrug sich nicht mit dem Interesse der Armeeführung und deren Geldbedarf; zwei konservative Eliten kooperierten nicht, sie kollidierten (S. 45). Weil es galt, „die Finanzmärkte zufrieden zu stellen“, musste die Krone damals also „die Liberalen ans Ruder...lassen“: Schmerling setzte 1861 das Februarpatent durch, die Aristokraten in der Armee reihten sich beim gemäßigten Liberalismus ein, optierten „verfassungstreu“ für cisleithanischen Zentralismus (S. 44-46).

Der anschließende Boykott des Wiener Abgeordnetenhauses durch konservative Großgrundbesitzer (und die mit ihm verbündeten „Altschechen“) ab 1863/64 reichte nicht hin, das Parlament beschlussunfähig zu machen. Höbelt sieht ihn freilich dennoch wirksam („dialektisch“): Er machte die Regierung

Schmerling im Haus von den deutschen Liberalen abhängig, denen er nach Franz Josephs Willen aber noch nicht zugestehen durfte, was, nach Königgrätz, 1867 zur Ratifizierung des „Ausgleiches“ mit Ungarn unumgänglich wurde: die liberale Substanz der Dezemberverfassung. So bekamen die Konservativen 1865 noch eine Chance, die sie freilich einmal mehr nicht zu nutzen wussten (Sistierung des Februarpatentes) (S. 59 f).

1878 riskierte die deutschliberale Parlamentsmehrheit einen Konflikt mit Franz Joseph über die Außenpolitik; sie lehnte die Okkupation Bosnien-Herzegowinas ab. Die Delegationen bewilligten dennoch die außerordentlichen Finanzmittel. Die Liberalen wurden aus der Regierung entfernt, Taaffe sollte als „Kaiserminister“ regieren, von parlamentarischer Beeinflussung möglichst frei. Dass 1879 konservativer Adel und „Alttschechen“ den Boykott aufgaben und dadurch andere Mehrheiten im Abgeordnetenhaus möglich wurden, hatte dennoch ambivalente Wirkungen. Denn als Preis für ihre Wendung wurde den Tschechen die Aufwertung ihrer Sprache bei böhmischen Behörden bewilligt, die die Deutschen nicht nur im Reichsrat in dauerhafte Opposition trieb, sondern während der 1880er-Jahre deutschnationale anstelle deutschliberaler Strömungen dominant werden ließ; dem entsprach im tschechischen Milieu die Ablösung der „Alt-“ durch die „Jungtschechen“ (S. 78–82). „Wohltemperierte Unzufriedenheit“ machte zunehmend hitziger Platz, ab 1897 sogar radikaler; erst als diese sich allenthalben als steril erwies, als Gewirr von Sackgassen, stellten sich vor 1914 wieder etwas gedämpftere Temperaturen ein. Der Weltkrieg produzierte dann vollends neue Konstellationen.

Nicht alles, was Höbelt anspricht bzw. behauptet, überzeugt. Aber das Nachdenken und Prüfen lohnt es allemal. Reizvoll ist die Vorstellung, er selbst führte demnächst auf etwa 1000 Seiten mitsamt Belegen im Detail aus, was er im vorliegenden Band nur andeuten konnte.

HistLit 2010-1-182 / Alfred Ableitinger über Höbelt, Lothar: *Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte*. Wien 2009,

in: H-Soz-Kult 10.03.2010.